Die kurze Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **85 (1993)**

Heft 2

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Marktwirtschaft: für wen?

■■■ (ea) Walt Whitman ist ein bedeutender amerikanischer Dichter und Walter Wittmann ist ein unbedeutender schweizerischer Kolumnenschreiber, der auch, weil Gottes Wege so verschlungen sind, Ökonomieprofessor zu Freiburg im Uechtland ist. «Marktwirtschaft für die Arbeitgeber» überschreibt Wittmann seinen Beitrag in der SAZ, was nicht etwa der Sexanzeiger sondern die Schweizerische Arbeitgeberzeitung ist. Hat da ein Redaktor hastig jenen Titel erfunden, den der Inhalt des Artikels verdient? Einen besseren freilich gäbe es nicht, denn der Walter mit den 2 t und n fordert Reprivatisierung, die Abschaffung der Preisüberwachung, keine Mitbestimmung, einen schlechteren Kündigungsschutz, Lohnverhandlungen nur auf Unternehmensebene und unter Ausschluss der Gewerkschaften, Abschaffung der Allgemeinverbindlichkeiterklärung von GAVs, ausschliesslichen Leistungslohn, die Anrechnung der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber an den Lohn und neben vielem weiteren auch noch keine vergünstigten Mahlzeiten mehr in Betriebskantinen. Das also ist Marktwirtschaft für die Arbeitgeber. Gesucht wäre aber eine Marktwirtschaft für alle. Wir fragen uns bloss: privatisierte man die Universitäten, gälte der ausschliessliche Leistungslohn, schaffte man den Kündigungsschutz ab, wo landete und strandete dann unser Walter mit den 2 t und n? Als ghostwriter für Otti Fischer? Als freier Mitarbeiter der PR-Abteilung von Christoph Blocher? Oder als gelegentlicher Kolumnenschreiber bei der SAZ? ■■■

SMUV: Deregulierung der Arbeitszeit wird nicht geschluckt

■■■ Die am 24. 4. von über 200 Delegierten besuchte Konferenz der Gewerkschaft Industrie Gewerbe Dienstleistungen SMUV sprach sich einstimmig gegen eine Deregulierung der Arbeitszeit aus, die der Arbeitgeberverband der Schweizerischen Metallindustriellen (ASM) in den auf Jahresmitte neu auszuhandelnden Vertrag einbringen möchte. Der ASM verlangt in der Tat, dass in diesem von seinem Geltungsbereich und von der geschichtlichen Wirkung her bedeutenden GAV sowohl die wöchentliche wie die Jahresarbeitszeit dereguliert werden soll. Akteure solcher Verhandlungen sollen nach ASM-Auffassung auf Arbeitnehmerseite die Betriebskommissionen sein. Dazu will die SMUV-Verhandlungsdelegation, gestärkt durch das eindeutige Votum ihrer Industriekonferenz, allerdings nicht Hand bieten. Dies um so mehr, als der ASM Ende 1992 auf einen SMUV-Vorschlag nach einem Sozialpakt, «der den Bedürfnissen der Wirtschaft nach mehr Flexibilität zur Bewältigung der Krise in begründeten Einzelfällen»entsprochen hätte, nicht eintreten wollte. ■■■

GDP: erfolgreiche Osthilfe

■■■ Sehr aktiv im Rahmen der gewerkschaftlichen Osthilfe ist die Gewerkschaft Druck und Papier. Die GDP führte im April dieses Jahres in Zusammenarbeit mit den entsprechenden tschechischen und slowakischen Gewerkschaften bereits den zweiten Umschulungskurs für DruckerInnen von Buch- auf Offsetdruck durch. Die KursteilnehmerInnen aus den beiden Republiken sind nicht nur gewerkschaftliche Vertrauensleute, 3 von ihnen lehren an der Berufsschule und haben somit die Möglichkeit, das in der Schweiz Erlernte im Schneeballeffekt weiterzugeben. ■■■

SBG: Geringer Mitgliederrückgang, aber höherer Organisationsgrad

■■■ Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat 1992 seinen Organisationsgrad verbessern können. Am Ende des verflossenen Jahres waren in den 15 Verbänden des SGB 436 548 Männer und Frauen organisiert. Gegenüber dem Vorjahr musste ein Verlust von 1,4 Prozent der Mitglieder in Kauf genommen werden. Dies entspricht einer Abnahme von 5922 Mitgliedern. Im gleichen Zeitraum sind allerdings rund 100 000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Am meisten Mitglieder verlor die GBI (4%), gefolgt von der VHTL (2,2%). Am meisten zulegen konnte der VSPB (4,7%), gefolgt von VSTTB (3,6%). SEV und VPOD verbesserten sich um 1,2 resp. 0,9%, während der SMUV nach Fusion mit der VBLA im Vergleich zum Vorjahr 1,9% Mitglieder verlor. ■■■

SGB zum neuen Militärgesetz: Armee verkleinern – Dienstzeit reduzieren – Budget halbieren

■■■ In seiner Vernehmlassung zum neuen Militärgesetz spricht sich der SGB für eine Armee aus, die dem Rahmen des Kleinstaates Schweiz entspricht. Wörtlich fordert der SGB: «Die Armee bleibt nach wie vor überdimensioniert, sowohl was die Anzahl ihrer Mitglieder, die von diesen insgesamt zu leistende Dienstzeit sowie die insgesamt für die Zwecke der Landesverteidigung zu leistende Finanzierung betrifft. Der SGB schlägt deshalb vor, den Bestand der Armee auf 120 000 Mann und die Dauer der Dienstzeit auf 200 Tage zu reduzieren. Der SGB fordert deshalb, dass die Militärdienstpflicht für Soldaten, Unteroffiziere, Hauptleute bis zum 30. statt wie im Entwurf vorgeschlagen bis zum 42. Altersjahr dauern soll. Die Armee soll zudem mit dem gegenüber heute halbierten Budget auskommen. In den Detailregelungen verlangt der SGB, dass abgeschafft werde:

- der militärische Frauendienst
- die Inspektionen,
- die obligatorischen Schiessen
- der Zwang zum «Weitermachen». ■■■